Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewähr, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 264 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 11. November 1933

Wir wollen Gleichberechtigung, wir stimmen alle mit „Ja"

Der letzte Appell.

Das millionenfache Ja — Wirtschaftsfriede — Reichstag aus einem Guß.

Soll man heute schon hoffen dürfen, daß der Austritt Deutschlands aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund jetzt schon seine erste Frucht zeitigt? Die nämlich, daß das Ausland einzusehen beginnt: mit jenem Schritt hat Deutschland nicht eine Politik der Verärgerung oder gar der Angst vor Kritik getrieben? Vermag sich die ausländische Diplomatie allmählich doch schon zu der Einsicht zu bekehren und zu bekennen, daß der wesentliche Inhalt jenes Schrittes gleichzeitig ein Appell an das Ausland war, endlich Wege zu verlassen, auf denen, wie es die Erfahrung von anderthalb Nachkriegsjahrzehnten zeigt, die Welt doch niemals zu einem wirklichen Frieden der Versöhnung kommen wird, weil ein solcher Friede in Genf nicht und niemals auf dem Boden der tatsächlichen Gleichberechtigung aller Völker aufgebaut werden kann? Die bisher eingeschlagenen, breit ausgetretenen Pfade führten ja doch nur im Kreis herum, und dieser Kreis ist durch den Austritt Deutschlands praktisch gesprengt worden, — aber nicht, ohne daß gleichzeitig in den seither verflossenen Wochen immer und immer wieder das Angebot an das Ausland gerichtet wurde, man müsse doch wenigstens versuchen, endlich den bisherigen Zustand zu beenden, der nichts anderes ist als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, nichts anderes ist, als die Unterscheidung der Völker in Sieger und Besiegte, der nichts anderes ist als ein Gegeneinanderarbeiten der „Fronten". Eine Ablehnung dieses deutschen Appells an das Ausland ist bisher noch nicht erfolgt, — und gerade darum soll er am 12. November durch das millionenfache Ja des deutschen Volkes verstärkt werden, das weiß, wie sehr es ankommt „auf den einmütigen Entschluß von Volk und Regierung, der Welt einen ganz neuen Ausgangpunkt für die kommende Entwicklung der internationalen Beziehungen zu zeigen."

Daß das politische Gegeneinanderarbeiten der Völker nach dem Kriege auch zu einem rasch wachsenden Gegeneinander auf dem Gebiet der Weltwirtschaft führte — man spricht ja heute von ihr nur noch mit einem Achselzucken —, ist ein Beweis dafür, wie kurzsichtig die Behauptung war, daß „Wirtschaft das Schicksal" sei. Die Politik war es, ist es und wird es bleiben, — aber die unter dem Zeichen der unbedingten Erhaltung des Versailler Diktats getriebene Politik wird nicht allzu stolz darauf sein, was sie auf dem Felde der Wirtschaft angerichtet hat! Auch die plattesten Sprichwörter haben doch einen gewissen Kern des Zutreffenden, und man wird heute wirtschaftlich rings um den Erdball wohl kaum noch leugnen, daß „Unfriede zerstört" und nur „Friede ernährt". Die politischen Zustände und Spannungen der Nachkriegszeit aber haben dazu geführt, daß man immer weniger von einem friedlichen Wettbewerb der Völker miteinander sprechen konnte, sondern heute nur noch von einem wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle, bei dem man unbedenklich zu den schärfsten Mitteln greift. Darum mußte die Londoner Weltwirtschaftskonferenz versagen; darum geht aber der deutsche Appell an das Ausland dahin, mit dem neuen Ausgangspunkt für die kommende politische Entwicklung der internationalen Beziehungen auch die Voraussetzung zu erhalten für eine Entspannung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Aber wenn die deutsche Wirtschaft mit ihrer Stimmabgabe am 12. November den Appell zu einem friedlichen Zusammenarbeiten aller von gutem Willen beseelten Völker zum Ausdruck bringt, so vergißt sie dabei ganz und gar nicht, daß sie noch eine zweite Stimme abzugeben hat: Für Hitler und den Nationalsozialismus als den Überwinder des inneren Unfriedens in der Wirtschaft selbst, nämlich der Propaganda des Klassenkampfes.

Die Volksabstimmung selbst — darüber ist man sich im Ausland ebenso klar wie in Deutschland — wird also eine außenpolitische Entscheidung von welthistorischer Bedeutung sein; denn noch immer ist Europa der Mittelpunkt der Weltpolitik, und ohne Deutschlands Stellungnahme läßt sich in Europa nicht Politik machen, noch weniger gegen ein politisch geeintes Deutschland, das in seiner Blickrichtung nach außen hin dem Führer geschlossen folgt aus der innersten Überzeugung, daß er uns auf dem rechten Weg vorangeht. Im neuen Reichstag wird sich diese innere Einheit von Volk und Staat verkörpern und nicht mehr, wie Jahrzehnte hindurch, die innere Zerrissenheit. Noch einmal hat der Führer, der an der Spitze der einheitlichen Liste steht, an das deutsche Volk selbst appelliert, am Sonntag durch ein doppeltes Ja!, das eine Tat ist, der Welt zu zeigen, daß in uns Deutschen gerade heute der Wille und die Entschlossenheit sich emporreckt, unter Hitlers Führung zu erkämpfen

„Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!"

Aufruf des sächsischen Ministerpräsidenten!

Meine sächsischen Volksgenossen!

Zum zweiten Male in der Geschichte des jungen nationalsozialistischen Deutschland ruft uns der Führer zur Volksabstimmung.

Wir alle wissen, worum es geht: um die Selbstbehauptung unserer Nation in der Welt, um unser Recht auf friedliche Arbeit als ehrenhafte, freie Herren auf unserem völkischen Besitztum, und um unser Recht auf Selbstschutz dieses unseres Eigentums.

Nicht mit der Waffe in der Hand, sondern

durch die Macht eines einzigen Ja-Wortes,

mit dem wir uns zu unserem Führer bekennen, wollen wir den Völkern der Welt unseren Willen um ehrenhafte Gleichberechtigung beweisen.

Wer die Bedeutung der heutigen Wahlhandlung noch nicht begriffen hat, dem ist nicht zu helfen.

Deutschland will nicht mehr, aber auch nicht weniger als sein Lebensrecht als Nation, das Lebensrecht, das wir jedem anderen Volk der Erde auch zugestehen.

Deutschland wehrt sich gegen die Verewigung des Kriegszustandes, gegen eine Behandlung als Nation zweiten Ranges.

Frieden nach außen, Einigkeit im Innern, Arbeit und Brot für das Deutsche Volk: das ist die Losung. Denn wo Frieden ist, da ist Arbeit; wo Arbeit ist, da ist Ordnung.

Das Sachsenvolk weiß,
was Arbeitslosigkeit bedeutet.

Nirgends hat ein Volk so unter dieser Geißel gelitten wie hier. Nirgends hat Klassenkampf und Klassenhaß dem Volke so tiefe Wunden geschlagen.

Vor zehn Jahren sollte von hier aus Deutschland bolschewisiert werden. Bis zum März dieses Jahres stand unser Volk vor dieser Gefahr.

Und heute? Der Bruderkampf im Innern ist endgültig vorbei. Millionen Menschen sind bereits wieder in Brot. Sauberkeit und Ordnung sind wieder eingekehrt in das öffentliche Leben. Und die Vorbereitungen für die Befreiung unserer erwerbslosen Volksgenossen aus ihrer Not sind in vollem Gange.

Adolf Hitler hat das Wunder vollbracht: Das deutsche Volk ist wieder eine zielbewußte Einheit!

Heute gilt es, das vor aller Welt zu bezeugen!

Wohlan, es gilt!

von Killinger, Ministerpräsident.

Vertrauen gegen Vertrauen!

Worauf es am 12. November ankommt.

Zum letztenmal hat sich der Führer vor der Wahl, vor der Volksabstimmung an uns alle gewandt, hat mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis für Deutschlands Ehre und Freiheit sich in einer denkwürdigen Stunde damit erneut zu seiner geschichtlichen Mission bekannt. Wer war unter uns, der sich nicht gelobte, dem Führer am Abstimmungstage Gleiches mit Gleichem, Treue mit Treue zu vergelten?!

Die Regierung Hitler hätte auf Grund der auf vier Jahre ausgestellten uneingeschränkten Ermächtigung jedes Recht gehabt, ihre Entscheidungen allein zu vertreten, wie sie sie allein fällt. Mit jener vom Reichstag im März erteilten Vollmacht in der Hand war die Reichsregierung vor aller Welt für jeden außen- wie innerpolitischen Schritt legitimiert. Und trotzdem ruft uns der Führer wieder zu Wahl und Abstimmung? Ja — kann er uns einen größeren Beweis seines Vertrauens geben als dadurch, daß er jedem einzelnen von uns ausdrücklich die Freiheit gewährt, bei der bedeutungsvollsten außenpolitischen Entscheidung Deutschlands in der ganzen Nachkriegszeit mitzuwirken?

Wenn je ein Regierungschef einer Volksabstimmung mit völliger Gewißheit ihres Ergebnisses entgegensehen konnte, dann darf es Adolf Hitler im Angesicht des 12. November tun. Die Mächte draußen haben nach Bekanntwerden der Neuwahlen versucht, diese Berufung des deutschen Volkes zur Entscheidung auf die leichte Achsel zu nehmen — inzwischen hat die außenpolitische Debatte in der Französischen Kammer und die Rede Macdonalds gezeigt, mit welcher Unruhe und welchem schlechten Gewissen die vertragsbrüchigen Versailler Diktatmächte der öffentlichen Bekundung des deutschen Willens zur Einheit, Ehre, Freiheit und Recht gegenüberstehen.

Diese Diktatmächte sollen in ihren Befürchtungen am 12. November so wenig enttäuscht werden wie unser Kanzler in seiner Zuversicht — denn

wir stimmen alle mit Ja!

„Unmöglich! Unmöglich!"

C. Jetzt geht so vieles auf einmal, was früher als „unmöglich" bezeichnet wurde! „Unmöglich", das war früher überhaupt ein beliebtes Wort, und der falsch verstandene Bismarck mußte mit seinem bekannten „Politik ist die Kunst des Möglichen" dazu herhalten, um für das sich immer wiederholende „Unmöglich" als eine Art Entschuldigung zu dienen. Hielten sich doch die Männer, die dieses „Unmöglich" dem hungernden und hoffenden deutschen Volk als Nahrung boten, selbst für hervorragende „politische Künstler", deren Leistung aber eben nur darin bestand, dem Volke den Stein des „Unmöglichen" als Brot zu geben. Kein Wunder, daß man sich daran die Zähne ausbiß!

Jetzt geht's auf auf einmal! Jetzt hat man die hunderttausende Heranwachsender, die beschäftigungslos auf der Straße herumstanden und zuchtlos Monate und Jahre hindurch dem lieben Gott die Zeit stahlen, die allen Einflüsterungen staatszerstörender oder volksfremder Elemente allzu leicht zugänglich waren, in Arbeit und Zucht genommen, — in Zucht nicht nur gegen die Nation, sondern gegen sich selbst! Früher „ging's nicht", früher war das „unmöglich".

Jetzt geht's auf einmal, daß der bodenständige deutsche Handwerker, daß die Gewerbetreibenden nicht mehr durch die Schwarzarbeit Verluste erleiden, die in die Hunderte von Millionen gehen. „Unmöglich! Unmöglich!" war früher die Antwort der regierenden politischen „Künstler", wenn Handwerk und Gewerbe immer von neuem Sturm liefen gegen die wirtschaftlichen Schädigungen schwerster Art, die ihm durch die Schwarzarbeit erwuchsen. „Unmöglich! Unmöglich!" war die achselzuckende Entgegnung, denn die „Gewerkschaften" waren durchaus nicht dafür zu haben, auch ihrerseits etwas gegen die Schwarzarbeit zu tun. Ganz im Gegenteil! Sie hatten gar nichts dagegen, daß das Handwerk und das Gewerbe einen hoffnungslosen Kampf führen mußte. Denn die Proletarisierung des Mittelstandes war ja eines der Ziele des Sozialismus.

Jetzt geht's auf einmal, daß diesem Mittelstand auch durch Kredit geholfen werden konnte und nicht bloß die „Großen" diese Quelle ausschöpfen dürfen! Auch das „Unmöglich! Unmöglich!" ist verstummt, das immer wieder ausgesprochen wurde, wenn man darauf hinwies: Ihr da oben könnt ja Arbeit in größtem Umfang schaffen, wenn ihr der Bauwirtschaft wieder auf die Beine helft dadurch, daß ihr wenigstens die Inangriffnahme von Reparaturarbeiten an den Häusern ermöglicht! — Früher „ging's nicht", da war's „unmöglich". Jetzt geht's und geschieht's und brachte vielen Tausenden von Bauarbeitern Lohn und Brot! Jetzt!

Darum soll man am 12. November an jenes frühere „Unmöglich! Unmöglich!" denken, noch mehr aber an das andere, stolze „Jetzt geht's!"

Vorwärts nämlich!

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF